

Mazedonien

Wim van Meurs

Für Mazedonien war es ein Jahr enttäuschter Hoffnungen. Im April 2008 erwies sich die Strategie der Regierung, auf ein Einlenken Griechenlands in der Namensfrage im Vorfeld des NATO-Gipfels zu setzen, als Fehleinschätzung. Auch in Sachen Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen konnten keine Fortschritte erreicht werden. Außerdem bleibt die innenpolitische Stabilität nach wie vor fragil. Für den mazedonischen Bürger ist jedoch entscheidend, dass das Land, nach den makroökonomischen Indizes zu urteilen, hinter der positiven Entwicklung in der Westbalkanregion zurückbleibt.

Euroatlantische Integration

Beim NATO-Gipfel am 2.-3. April 2008 in Bukarest erhielten Albanien und Kroatien wie vorgesehen die Beitrittseinladung. Athen blockierte selbige Einladung an Mazedonien mit einem Veto mit dem Argument, Skopje hätte die gutnachbarschaftlichen Beziehungen verletzt, indem es sich weigert, in der langwierigen Namensfrage zu einem Kompromiss zu finden. Daraufhin verließ die mazedonische Delegation das Gipfeltreffen vorzeitig. Die griechische Position, die in dem Namen „Mazedonien“ statt „FYROM“ (Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien) eine Usurpierung der griechischen Nationalgeschichte wie eine Bedrohung der heutigen territorialen Integrität Griechenlands mitsamt der nord-östlichen Provinz Mazedonien sieht, stößt in der EU-27 auf breites Unverständnis. Die Hasskampagne der mazedonischen Medien und die provokative Umbenennung des Skopioter Flughafens in „Alexander der Große“ wurden ebenso als diplomatischer Tiefschlag gewertet, auch wenn die griechische Weigerung, dem mazedonischen Regierungsflugzug wegen des Schriftzuges „Mazedonien“ die Landrechte zu verweigern, nicht weniger kleinkariert anmutet. Wegen der Wahlen in Mazedonien werden die sich seit mehr als einem Jahrzehnt dahinschleppenden Verhandlungen unter Leitung des US-Unterhändlers Matthew Nimetz über einen Namenskompromiss wohl erst nach dem Sommer wieder beginnen. Im April hatte Skopje den UN-Vorschlag „Republik Mazedonien (Skopje)“ akzeptiert, der dann von Athen abgelehnt wurde – nicht zuletzt, weil die Mazedonier betonten, dass der Zusatz „Skopje“ im Normalfall entfallen würde.¹

Die Frage nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU steht im Raum, seit der Europäische Rat im Dezember 2005 beschloss, Mazedonien den Kandidatenstatus zu geben. Abgesehen von der schwer lösbaren Namensfrage, die in der EU ebenso ein griechisches Veto heraufbeschwören könnte, lässt die EU sich vor allem wegen der im regionalen Vergleich sehr enttäuschenden Wirtschaftsentwicklung Mazedoniens jedoch Zeit: eine Inflation über 10%, ein BIP-Wachstum, das 2007-2008 erstmals die 5%-Grenze erreichen wird und etwa 35% Arbeitslosigkeit. Ein- und Ausfuhr sind 2007 gleichermaßen kräftig gestiegen (+40%), aber Importen im Wert von 5 Mrd. US-Dollar stehen lediglich für

1 Zum Hintergrund der Namensfrage siehe: Macedonia's name: Why the dispute matters and how to resolve it, ICG Europe Report 122, 10.12.2001.

3 Mrd. US-Dollar Exporte gegenüber.² Ein kleiner Lichtblick bezüglich Mazedoniens EU-Mitgliedschaft ist die umstrittene Entscheidung Frankreichs, die Einführung eines obligatorischen Referendums über jeden EU-Kandidaten nach dem EU-Beitritt Kroatiens zurückzunehmen und darauf nur noch im Falle der Türkei zu bestehen.³ Der Europäische Rat im Juni 2008 erwähnte in seinen Schlussfolgerungen jedoch kein Datum für Beitrittsverhandlungen und suggerierte erstmals einen Nexus mit der Lösung der Namensfrage.⁴

Innenpolitik und Ohrid-Abkommen

Die euroatlantischen Rückschläge hatten auf mehreren Ebenen schwerwiegende Folgen für die innenpolitische Stabilität, die interethnischen Beziehungen und die Reformbemühungen. Während die Namensfrage für die ethnischen Mazedonier eine Identitätsfrage ist, vor der andere Interessen wie NATO-Mitgliedschaft oder Reformunterstützung zurücktreten müssen, gilt dies nicht für die albanische Minderheit. Sowohl die albanischen Wähler als auch ihre politischen Führer sind der Meinung, dass ihnen wegen eines gefühlsbetonten Partikularinteresses der Mazedonier die substantiellen Vorteile einer baldigen EU-Integration vorenthalten werden. Es ist kein Zufall, dass die oppositionelle albanische DUI kurz nach dem Bukarester NATO-Gipfel mit Stimmen der regierenden Mitte-Rechts-Parteien der VMRO-DPMNE und der Demokratischen Partei Albaniens (DPA) Neuwahlen zum 1. Juni 2008 durchsetzen konnte. Die DPA war im März 2008 aus Protest gegen die Weigerung der VMRO-DPMNE, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen, und wegen der Verschleppung der Gesetze zur Stärkung der Position der albanischen Minderheit aus der Regierungskoalition ausgetreten.⁵ Vor dem Hintergrund der mühsamen Umsetzung von in der vorherigen Politikrise im Sommer 2007 (als die DUI zeitweise die Parlamentsarbeit boykottierte) vereinbarten Gesetzen zum Ohrider Rahmenvertrag verschärfen sich bereits 2007 die albanisch-mazedonischen Verhältnisse, z.B. als die Polizei im Herbst 2007 einige bewaffneten Albaner erschoss.⁶

Obwohl die Koalition von Premierminister und VMRO-DPMNE-Vorsitzendem Nikola Gruevski gestärkt (mit einer absoluten Mehrheit der Parlamentssitze) aus den Wahlen hervorging, zeigte die Politikkrise nicht nur die Interessengegensätze zwischen Mazedoniern und Albanern, sondern auch die anhaltende Neigung der Politiker, für den politischen Gewinn alles zu opfern und z.B. auch die Warnungen aus Brüssel, dass Neuwahlen den Fahrplan zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen weiter verzögern würden, zu ignorieren. Auch die konstatierten Unregelmäßigkeiten und Gewaltausbrüche, die zu einem negativen Urteil der OSZE-Beobachter und einer Wiederholung des Wahlgangs für bis zu 10 Prozent der Wähler am 15. Juni führten, schaden Mazedoniens Imago in der EU.⁷ Prinzipiell war dagegen die Rücktrittsentscheidung der Parteileiterin Radmila Sekerinska der verlierenden Sozialdemokraten, die nur halb so viele Stimmen auf sich vereinen konnten wie die Sieger der VMRO-DPMNE.⁸ Welche der beiden gleichstarken albanischen Parteien, DUI oder DPA, der Koalitionspartner Gruevskis werden wird, ist noch ungewiss.

2 Bundesagentur für Außenwirtschaft, Mazedonien, Mai 2008.

3 EU Observer, 04.06.2008).

4 Balkan Insight, 20.06.2008; 24.06.2008.

5 NZZ, 14.03.2008.

6 Balkan Insight, 31.10.2007; 07.11.2007).

7 Balkan Insight, 02.06.2008; EurActiv, 19.07. 2007.

8 Balkan Insight, 03.06.2008.